

Wien, 05.05.2022

Betreff: Offener Brief gegen Videoüberwachung zur Verkehrsberuhigung im 1. Wiener Gemeindebezirk

Sehr geehrte Stadträtin Mag.a Ulrike Sima,
Sehr geehrte Bundesministerin Leonore Gewessler, BA,

die unterzeichnenden Organisationen dieses offenen Briefes sind besorgt über die Pläne der Stadt Wien zur Legalisierung von Video-Überwachung zur Verkehrsberuhigung. Wir bezweifeln, dass dies ein geeignetes Instrument zur Reduktion von Autoverkehr darstellt und warnen vor den negativen Konsequenzen für unsere Grund- und Menschenrechte durch Videoüberwachung der Wiener Innenstadt.

Unseren Informationen zufolge plant die Stadt Wien an fast allen der 38 Zufahrten vom Ring in den ersten Bezirk Videokameras zu installieren und damit automatisch die Kennzeichen aller zu- und abfahrenden Autos zu erfassen. Gestraft werden soll, wer nicht im 1. Bezirk wohnt, kein Taxi oder LKW ist, kein Gewerbe im 1. Bezirk betreibt, oder von einem solchen Gewerbe nicht als Zulieferer oder Hotelgast akkreditiert ist, sein Auto in keinem Parkhaus im 1. Bezirk abstellt oder nicht innerhalb von 30 Minuten den 1. Bezirk wieder verlässt. Das Modell hat fast so viele Löcher wie ein Schweizer Käse. Es wäre verkehrspolitisch zielführender und weitaus billiger einen Teil der Parkplätze im 1. Bezirk umzuwidmen, anstatt den Großteil der Straßen mit vernetzten Kameras zu überwachen.

Wir bezweifeln zudem, dass die technische und verwaltungsrechtliche Umsetzung dieses Vorhabens überhaupt so ausgestaltet werden könnte, dass ausschließlich Kennzeichen und nicht zusätzlich auch Bilder des Fahrzeugs oder der Lenker*innen erfasst werden würden. Auch die Straße kreuzende Passant*innen oder Radfahrer*innen könnten von der Videoüberwachung betroffen sein. Außerdem müsste ein solches System zentral vernetzt sein, da nicht berechnete Autos, die den 1. Bezirk binnen 30 Minuten wieder verlassen oder in ein Parkhaus fahren, nicht gestraft werden sollen. Damit schafft die Stadt Wien einen Datenberg, von dem wir befürchten, dass er Begehrlichkeiten wecken wird und die Daten künftig auch für andere Zwecke verwendet werden. Eine entsprechende Rechtsgrundlage für die Ausleitung dieser Kamerabilder in Echtzeit ohne konkreten Verdacht und ohne Genehmigung durch Richter*innen oder Rechtsschutzbeauftragten existiert für die Sicherheitsbehörden bereits seit 2018 in § 53 Abs 5 SPG.

Überdies finden im 1. Bezirk ein großer Teil der Versammlungen in Wien statt. Eine Videoüberwachung dieses Ausmaßes, lässt uns befürchten, dass sie eine abschreckende Wirkung auf

die Bevölkerung haben könnte, in Zukunft nicht mehr an Versammlungen in der Wiener Innenstadt teilzunehmen.

Deshalb rufen wir Sie als Klimagerechtigkeits-, Umwelt-, Datenschutz- und Menschenrechtsorganisationen dazu auf, gelindere Mittel zur Umsetzung Ihrer grundsätzlich unterstützenswerten verkehrspolitischen Ziele zu finden. Es gibt tauglichere und menschenrechtskonformere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung. Eine Videoüberwachung des Stadtteils mit den meisten Regierungsgebäuden und Demonstrationen, kann kaum das gelindeste Mittel im Sinne einer weltoffenen Stadt sein.

Hochachtungsvoll,

epicenter.works – for digital rights

System Change not Climate Change

Amnesty International Österreich

Jugendrat

Chaos Computer Club Wien

VICESSE | Wiener Zentrum für sozialwissenschaftliche Sicherheitsforschung

HINTERGRUND

Stadträtin Ulli Sima erhebt seit Jänner 2022 die Forderung einer Novelle der Straßenverkehrsordnung, um dort die Videoüberwachung für den Zweck der Verkehrsberuhigung zu legalisieren.¹ Dafür sollen die Kennzeichen der ein- und ausfahrenden Autos in den 1. Bezirk erfasst werden.

Wer nicht Anrainer, Gewerbetreibender, Zulieferer zu einem Gewerbetreibenden, Hotelgast, Taxi oder LKW ist, nicht in einem Parkhaus im 1. Bezirk parkt oder nicht nach 30 Minuten die Innenstadt wieder verlässt, soll automatisch gestraft werden. Datenschutz- und Umweltorganisationen üben scharfe Kritik an diesen Plänen. Das System wäre nur umsetzbar, wenn es in der StVO explizit erlaubt wird. Die zuständige Verkehrsministerin Leonore Gewessler hat sich bisher nicht zu dem Thema geäußert.

Gemäß in § 53 Abs. 5 SPG hätten Sicherheitsbehörden bereits jetzt das Recht die Videoaufzeichnungen des Systems in Echtzeit ohne konkreten Tatverdacht und ohne ausreichendem Rechtsschutz auszuleiten. Für den Zugriff der Sicherheitsbehörden auf diese Kamerabilder braucht es weder die richterliche Zustimmung noch ist der Rechtsschutzbeauftragte des Innenministeriums darüber zu informieren.²

1 <https://kurier.at/chronik/wien/studie-zu-fahrverbot-beauftragt-30-minuten-in-der-wiener-city-fuer-alle/401869400>

2 <https://handbuch-ueberwachung.at/> siehe Kapitel 6.2.2

Vorbild des Modells sind die italienischen "zone a traffico limitato", mit dem man in Italien sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat. In Rom etwa gab es mehrere Fälle, in denen Fußballspielern, Schauspielerinnen und Stadtbediensteten Strafen auf illegale Weise erlassen wurden.³ Insgesamt beläuft sich der Schaden für Rom auf rund 16 Millionen Euro⁴ und einige der Fälle sind immer noch gerichtsanhängig⁵. Das italienische System zur Verkehrsüberwachung wurde auch in Fällen von Stalking eingesetzt.⁶ In den Sicherheitsbehörden tätige Personen nutzen es, um eine Frau damit auszuspionieren⁷, was inzwischen zur mehrjährigen Haftstrafen für die Täter geführt hat.⁸ Um den Zugriff der Sicherheitsbehörden auf das italienische System herrscht ein andauernder Rechtsstreit. Auch die nationale Datenschutzbehörde hat erst 2019 auf Anfrage der norditalienischen Stadt Brescia in einer Stellungnahme festgehalten, dass die Verwendung der Daten der bereits bestehenden "zone a traffico limitato" für die Polizeiarbeit eine Zweckentfremdung und einen starken Eingriff in das Recht auf Datenschutz darstellt.⁹

3 <https://roma.repubblica.it/cronaca/2016/12/09/news/>

[roma-sparite 80 mila multe dalla cricca dei verbali un danno da 6 milioni-153749304/](https://roma.repubblica.it/cronaca/2016/12/09/news/roma-sparite-80-mila-multe-dalla-cricca-dei-verbali-un-danno-da-6-milioni-153749304/)

4 <https://roma.repubblica.it/cronaca/2019/01/28/news/multe-cancellate-a-roma-197-indagati-anche-lotito-217664168/>

5 <https://roma.repubblica.it/cronaca/2022/02/01/news/>

[lotito si e fatto cancellare 15mila euro di multe la procura vuol processare il patron della lazio-336009840/](https://roma.repubblica.it/cronaca/2022/02/01/news/lotito-si-e-fatto-cancellare-15mila-euro-di-multe-la-procura-vuol-processare-il-patron-della-lazio-336009840/)

6 <https://www.gazzettadisiena.it/il-caso-di-stalking-a-siena-fra-ztl-e-agenti-segreti-perdurante-stato-di-ansia-causato-alle-vittime/>

7 <https://www.repubblica.it/cronaca/2020/09/11/news/spy-story-a-siena-il-vigile-stalker-tra-amanti-e-007-301117137/>

8 <https://www.radiosienatv.it/caso-rinaldi-ok-del-giudice-al-patteggiamento-per-lex-comandante-e-la-moglie/>

9 <https://www.omniavis.it/web/forum/index.php?action=dlattach;topic=50555.0;attach=6878>